



Amtsgericht Göttingen

Beschluss

Terminbestimmung

75 K 23/23

19.11.2024

Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft

soll am **Dienstag, 4. Februar 2025, 10:00 Uhr**, im Amtsgericht Berliner Straße 8; Eingang Maschmühlenweg 11, 37073 Göttingen, Saal/Raum C 182, versteigert werden:

Der im Wohnungsgrundbuch von Göttingen Blatt 10654, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragene 96,390/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
	Göttingen	28	44/6	Hof- und Gebäudefläche, Königsberger Straße 2a, 2b	1476

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Hause Königsberger Straße 2 a im Erdgeschoß links gelegenen im Aufteilungsplan näher mit Nr. 4 bezeichneten Wohnung mit einem Kellerraum. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Band 318 Blätter 10651 bis 10653, 10655 bis 10662) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 03.11.2023 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 202.000,00 €

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter versteigerungspool.de

Gawenda
Rechtspfleger